

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Wohnort monatlich 28 Mt., durch Boten bezogen monatlich 30,25 Mt., bei Postbezug monatlich 32 Mt. frei Haus. Einheitswert-Lotterien nachmittags Einzelnummer 1,50 Mt. Postkontofonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Sülzerstraße 4. Für unentgeltliche Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der Spaltweite Millimeter Sahnraum 1,50 Mt. and der Spaltweite Millim. Metamerum 6 Mt. Die laufende Monatsabrechnung wird vom Besizer auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 60 Mt. in Zahlung genommen. Hefegeld 75 Pf. Porto besonders. Anzeigen (s. S. 10); vormittags 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Baly.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 161.

Wittwoch, den 12. Juli 1922

162. Jahrgang.

Um das Moratorium.

Die Verhandlungen zwischen Berlin und Paris einerseits und London andererseits, ferner zwischen London und Paris und London und Washington wurden hierüber fortgesetzt. Poincaré bleibt grundsätzlich ziemlich fest, denn er darf seinen schiefen Standpunkt, der ihm das letzte Vertrauen vor allem eingebracht hat, nicht so ohne weiteres preisgeben.

In London glaubt man indes an eine Neigung zur Nachgiebigkeit Frankreichs, die man durch amerikanische Einwirkung zu fördern hofft. Indes ist noch alles unklar und ungewiß. Poincaré fräut sich gegen den Zutritt des Obersten Rates, soll aber mit einer Beratung der Wochenschafter einverstanden sein.

Seine neuen Sanktionen?

Paris, 11. Juli. Poincaré erklärte einem Vertreter der „Daily Mail“, er übersehe klar die Gefahr der gegenwärtigen Situation. Er würde die Angelegenheit Frankreichs in den Händen einer gerechten europäischen Politik führen. Gegenüber dem deutschen Druck, der durch die deutschen Finanziers herbeigeführt wurde, deren gefährliche und selbsttätige Politik (!) durch die Ohnmacht der deutschen Politik unterliegt werde, würde Poincaré nicht das Recht des Einmarsches der französischen Truppen in Anspruch nehmen. Poincaré wünschte, daß eine Politik der Stärke durchgeführt werde, aber dies solle durch eine gemeinsame Aktion der Alliierten geschehen. Frankreich will sich auf seine Abenteuerpolitik einstellen. Für den neuen Obersten Rat soll durch die Sachverständigen die Tagesordnung und bestimmte Beschlüsse sorgfältig verbreitet werden, damit man nicht in die Verlegenheit gebracht werde, Augenblicke zu treffen. Poincaré hofft, daß auf diese Weise die Einigkeit unter den Alliierten in den nächsten Monaten aufrecht erhalten werden kann. Gegenwärtig sehe man der Zukunft gegenüber, daß das Deutsche Reich hinterrot ist, während sich die deutschen Finanziers und Industriellen täglich mehr bereichern. Poincaré fordert eine strengere Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Alliierten, insbesondere sollen die hohen Gewinne der deutschen Industriellen kontrolliert werden, weil nur auf diese Weise der deutsche Kredit wiederhergestellt werden könne. Dann könne Deutschland auch die Reparationen bezahlen (!).

In einer anderen Stelle teilt dasselbe Blatt mit, daß Vereinbarungen zwischen Poincaré und Lloyd George getroffen wurden, wonach der französische Ministerpräsident

sich Ende Juli nach London begeben werde, um die deutschen Reparationen und die gesamte internationale Finanzlage zu erörtern.

Ermäßigung der Zinssätze?

Paris, 11. Juli. Die Reparationskommission veröffentlichte am 11. Mitteilung. Einprägend der Einsetzung vom 21. März 1922, durch die die deutschen Zahlungen im Jahre 1922 festgelegt wurden, hat die Kommission in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, auf die Frankreich von Deutschland zu leistenden Zahlungen einen Betrag von 17 896 602 Mark und 30 Pf. einzurechnen. Der Betrag, den Deutschland am 15. Juli noch zu zahlen hat, verringert sich von 50 Millionen auf 32 107 397,70 Mark.

Um die Reparationen.

Wie wir aus Berlin zuverläßig hören, haben neuerdings wieder Verhandlungen zwischen der englischen und französischen Regierung über die Reparationsfrage eingesetzt. Diese Verhandlungen sind von Mitgliedern der amerikanischen Regierung veranlaßt, die bereits zwischen England und Amerika eine Verständigung erzielt haben und Wert darauf legen, daß sich auch Frankreich in der Reparationsangelegenheit zu weitgehenden Zugeständnissen einschließt. Amerika ist bereit, Deutschland zu helfen, es leat aber Wert darauf, daß Frankreichs die Bedingungen erfüllt werden, die die Bankier-Konferenz gestellt hat.

Das Moratorium für zwei Jahre?

Aus Berliner Regierungskreisen erfährt unser Vertreter, daß Deutschland um ein Moratorium für zwei Jahre nachgesucht hat. Die Verhandlungen in Paris haben, nach in Berlin vorliegenden Nachrichten noch zu keinem Ergebnis geführt. Frankreich weigert sich immer noch, das Moratorium zu bewilligen. In der Berliner Regierung ist man jedoch der Auffassung, daß Frankreich nachgeben wird, da Deutschland seine Zahlungen einstellen muß. Wertenswerter ist, daß in der Reparationskommission englischerseits die Auffassung vertreten wird, daß auch ein zweijähriges Moratorium nicht genügt, um die Lage Deutschlands entscheidend zu bessern. England ist zu einem weitgehenden Moratorium bereit, wünscht jedoch eine völlige Lösung des Reparationsproblems, da neben dem Moratorium noch einjähriger Aufschub auch ein Nachschuß der deutschen Zahlungen erfolgen und Deutschland eine größere Rente gewährt werden muß.

England kämpft demnach einseitigvoller für die deutschen Interessen als die Reichsregierung.

Lageschronik

England will sich mehr als zweijähriges Moratorium und eine Herabsetzung der deutschen Zinsfußzahl erwirken.
Großes Minenexplosionsunglück in Groden bei Guxhagen, Beendigung des Berliner Sonderrechts.
Zwei Verhaftungen Verdächtiger in der Nathans-Affäre werden aus Weimar gemeldet.
Der Steueranspruch des Reichstags hat die Zwangsanleihe mit 72,8 Milliarden begrenzt.
Schwere Bedenken der Vertreter der Beamtenchaft gegen das Schlagsch.

Vermeidung der inneren Krise

Wie aus von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, soll die innerpolitische Krise in der Weise gelöst werden, daß weder die Deutsche Volkspartei, noch die Unabhängigen in die Regierung eintreten und sich der Koalition anschließen, sondern die Koalition in der bisherigen Weise bestehen bleibt. Dagegen sollen beide Parteien bereit sein, die Verpflichtung zu übernehmen, sowohl die Regierung zu unterstützen, wie mit der Koalition zusammen zu arbeiten. Sie haben bereits die Verpflichtung übernommen, das Gesetz zum Schutz der Republik in der jetzigen Fassung zu unterstützen und ihm zur Annahme zu verhelfen (?).

Stegerwald für Erweiterung der Koalition durch die Volkspartei.

Offen, 11. Juli. Stegerwald kam auf der Konferenz der Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Betriebsräte (s. S. 10) in seiner Hauptrede wie in seinem Schlusswort auf die Koalitionserweiterung zu sprechen. Re-

mentlich hält er die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, die die Industrie und einen Teil der Landwirtschaft umfaßt, für unbedingt nötig, in erster Linie mit Rücksicht auf die außenpolitische Wirkung und dann, um die in der Deutschen Volkspartei waltenden Kräfte zur furchtbringenden innerpolitischen Arbeit zu bringen. Die Kräfte von rechts müßten zur Selbstregulierung und zur Entfremdung gebracht werden, statt daß sie sich um die gegenwärtige Staatsform stritten.

Die Hoffnung auf Annahme des Schlagschloßes.

Neben der gestrigen Reichstagsvollziehung wurde in kleineren unverbindlichen Besprechungen weiter der Versuch einer Einigung über die Mehrheit für das Republikengesetz gemacht. Die Deutsche Volkspartei legte dem Kanzler einige Fragen vor, die die Sachlage des Gesetzes und insbesondere den Schutz von Wahlvermittlungen und die Zulassung von Rechtsanwältin zum Staatsgerichtshof betreffen. Die Besprechungen zwischen den verschiedenen Parteien sind noch nicht abgeschlossen, man glaubt jedoch übereinstimmend, daß ein positives Ergebnis erzielt werden dürfte.

Die Vertreter der Beamtenchaft zum Gangweg.

Auf Einladung der Reichsregierung hatten sich am Dienstag nachmittag im Reichstag die Vertreter der Spitzenorganisation der Beamten versammelt, um in Anwesenheit der Mitglieder des Rechtsausschusses des Reichstags zu dem Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik Stellung zu nehmen. Ein Vertreter der Reichsregierung brachte den Gesetzentwurf zum Vortrag und erklärte seine Bestimmungen im Einzelnen. Der Vertreter des allgemeinen Deutschen Beamtenbundes billigte grundsätzlich den Gesetzentwurf in seiner Tendenz; allerdings äußerte er gewisse sachliche Vorbehalte und Bedenken. Der Deutsche Beamtenbund nahm dem Gesetzentwurf gegenüber eine ablehnende Haltung ein. Der Vertreter des Bundes war der Ansicht, daß das jetzt gefasste Reichsbeamtengesetz bei richtiger Anwendung vollkommen genüge, um den Schutz

Generallstreik vor der Tür?

Es hat den Anschein, als ob wir in den nächsten Tagen in eine scharfe innerpolitische Krise hineintreten werden. Ein Streikfever geht durch das ganze Reich. Und es hat seine Ursache nicht allein in Lohnforderungen und den durch die Feuerungsverhältnisse bedingten Zuständen, sondern hat zweifellos politische Untergründe. Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft leben in einer Verunsicherung, der sich heute oder morgen zu epistemischen Anfällen heigern kann. Dieser Zustand ist nichts anderes als die Folge der Verzweiflung über die unmöglichen und immer unerträglicher werdenden wirtschaftlichen und politischen Folgen des Versailles Vertrages und der Erfüllungspolitik. Es ist Verzweiflung an sich selber, an Gott und an der Welt. Diese Verzweiflung ist das Ende jeder vernünftigen Überlegung, ist das Ende jeder Autorität, jeder staatlichen und wirtschaftlichen Gebundenheit. Aus dieser Verzweiflung heraus stoßen die Massen gegen den Feind, wie und wo sie ihn sehen, wie und wo ihnen ein kurzfristiges Führertum in jahrelangeren Reparatur ihn gezeigt hat. Seitdem dieses Führertum in der Regierung sitzt und Staatsnotwendigkeiten und Einkauf predigt, wird es nicht verstanden, wird es beiseite gestochen. Es entsetzt, was es gefügt, das Volk in seiner Gesamtheit aber muß die Rechnung bezahlen.

Im Ruhrbergbau ist Streikfestimmung. Nicht wegen Lohnunterschieden allein. In dieser Hinsicht hat man sich fast geeinigt. Sie entspringt der dargelegten Stimmung der Unertüchtigkeit, der wachsenden Verzweiflung. Die Massen gleiten den Führern aus der Hand. Sie wollen gegen den Feind vorgehen und wissen nicht, wo er heißt. Die Organisations haben einen Aufbruch erlassen an die Ruhrberge. Darin fordern sie gemäß dem Beschluß der Reichsversammlung vom 29. Juni die Bergarbeiter auf, sofort Arbeitsniederlegungen vorzubereiten, d. h. in den Streik einzutreten! Auf allen Höhen sind die Kundgebungsbereitschaften angelegt. Bis zum 12. Juli sollen sie ausgeführt werden von den Organisations ermittelten Schachtleuten abgehen werden. Zweck: die Forderungen der Bergleute mit Gewalt durchzusetzen. Am 18. Juli muß der bestehende Tarifvertrag gekündigt oder verlängert werden, sonst läuft er am 1. August ab. Kommt es nicht zu einem neuen Tarifvertrag, so ist der Streik unvermeidlich. Der Kampf geht um die Lebensfähigkeit. Die Unternehmer wollen den schiedsgerichtlichen Abmachungen nur zustimmen, wenn die Arbeiter eine Beilegung des Streikentstandes. Die wirtschaftlichen und politischen Bergarbeiterverbände haben die Kundigungsaktion abgelehnt. Nur die freien sozialdemokratischen Gewerkschaften treiben zum Streik; jedoch alle Kampf und Terror der Streikenden gegen die Arbeitwilligen zu erwarten sind. Es ist keine Frage, daß der Streik auf den ganzen deutschen Kohlenbergbau überzerrt wird. Und was das bedeutet, braucht kaum auseinanderzusetzen zu werden. Eine Lähmung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens innerhalb 8 Tagen wäre die Folge. Die Eisenbahn besitzt Kohlenvorräte für höchstens 6 Tage. Von der Reichsregierung muß erwartet werden, daß sie alles tut, um das deutsche Volk vor einer solchen Katastrophe zu bewahren. Ausgebrochen ist ein Streik im Aufgebotsbereich im Tiefbauwesen, der auch zu Ausbreitungen geführt hat. Ebenso bei den Fabrik-Bauhandwertern.

Die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Textilindustrie haben sich eher verwickelt als ausgeglichen. Der Kampf geht um die 48-Stundenwoche. Auch in der Textilindustrie ist mit Streik zu rechnen. Die Kassen der Textilarbeiter haben vom 23. Juni ab Doppelbeiträge vorgeschrieben.

Am das Bild zu vervollständigen, sei angefügt, daß in der „Noten-Fahrer“ in einem Aufruf an das Proletariat zu einem abermaligen halbtägigen Streik am Dienstag aufgerufen wurde. Es bedarf kaum eines Kommentars zu diesen innerpolitischen Gärungen, die eine kurzfristige Regierungspolitik noch künstlich gefördert hat.

Der Republik zu erfüllen. Der Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften äußerte ebenfalls starke Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Vor allem könnten gewisse Bestimmungen dem Demutentwurf zu unterliegen, die den Schutz der Republik betreffen. Eine verbindliche Erklärung jedoch zu dem Gesetzentwurf konnte er zur Zeit noch nicht geben. Der Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten wies mit

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warren

(Nachdruck verboten.)

„kurz und knapp antwortete der Millionär seine Tochter.“
 „Er ist fort.“
 „Ich weiß es. Bridget sagte mir, daß er fortgegangen ist.“ beharrte Magda. „Ich will ja auch nur wissen, wo er ist.“
 Da sah der Freiherr auf, und sein Anblick hätte wohl die meisten zum Berstehen gebracht. Nicht Jörn und Erregung spiegeln sich auf diesem kalten Gesicht. Bestimmte Blicke wie in Stein gemeißelt erstrahlten — in seinen Augen aber lag etwas, das Frau Mabel Hermann beben machte.
 „Ich weiß es weder, noch trage ich Verlangen danach es zu erfahren. Er wird niemals wieder an meiner Seite liegen.“
 Die leidenschaftlose Gleichgültigkeit, mit der sie gesprochen wurden, gab seinen Worten etwas Furchtbares. Niemand rührte sich im Zimmer. Magdalene stützte sich auf die Lehne ihres Stuhles, und geraume Zeit verging in beklemmendem Schweigen, ehe sie mit leiser, ruhiger Stimme entgegnete:
 „Wenn es so ist, so werde auch ich nicht mehr an diesem Tische sitzen, Vater.“
 Und ohne ein weiteres Wort, den Kopf tief auf die Brust gesenkt, aber mit sicheren, elastischen Schritten verließ sie das Zimmer.
 Die folgenden Augenblicke waren fürchterlich für die Zurückgebliebenen. Der Freiherr begann zu zittern, ohne seiner Umgebung nur einen Blick zu schenken. Mabel aber, nach einem vergeblichen Versuch, es ihrem Vater gleichzutun, brach in ein hysterisches Schluchzen aus, und die Komtesse mußte das Zimmer verlassen, wollte sie einen ähnlichen Berzweckungsanfall verhindern.
 Einzig der Millionär schien von den Vorgängen ganz unberührt. Er neigte nur den Kopf auf die gesammelte Entschuldigend der Komtesse, und er sah nicht auf, als sie sich entfernte. Und als er mit Mabel allein war, legte er hart und befehlend:

„Bitte — beherrsche dich gefälligst. Verlaß nicht, daß du von den Dienern gesehen werden kannst.“ — — —
 Als Magda aus dem Speisezimmer in den anstoßenden Salon kam, fand sie Bridget, die fächerlich gehört hatte, was im Nebenzimmer gesprochen worden war. Die Frau wollte sie in ihr Zimmer geleiten; aber Magda schüttelte den Kopf.
 „Nein, ich will nicht hinaufgehen,“ sagte sie. „Ich will hier auf meinen Vater warten. Ich muß mit ihm sprechen.“
 „Sie sollten es nicht tun,“ entgegnete die Dienerin in ihrer geraden, fast schroffen Art. „Sie werden sich zu sehr irregen.“
 Warum haben Sie mir nicht gesagt, was Sie wußten?“ fragte Magda voraussetzungslos, während sie auf Bridgets Arm gestützt, in den letzten der Salons ging.
 „Weshalb ich die Verantwortung nicht übernehmen konnte, Sie trant zu machen, gnädiges Fräulein.“
 Die Lebende legte sich auf eine Ottomane und schloß die Augen.
 „So mögen Sie jetzt sprechen,“ sagte sie müde. „Ich werde es ja doch von irgend jemandem hören müssen — und ich kann es ertragen. — Wohin ist mein Bruder gegangen?“
 Bridget zögerte. Dann sagte sie — und ihre Stimme klang um nichts weniger mürrisch und verdrossen als sonst: „Wenn Sie denn verlangen, daß ich es Ihnen sage — ich glaube, er ist leiser Gemächlin gejagt.“
 Magda sah empör. Und ihre Züge trugen den Stempel kühnen Verdens.
 „Ich wußte es!“ rief sie in schmerzlicher Erregung. „Ich wußte, daß es dahin kommen würde! — O, und ich vermügte mich so sehr, es zu verhindern.“
 Bridget lachte selbstsam. Und es hätte sich kein größerer Kontrast denken lassen als zwischen ihrem harten, veritterten Gesicht, ihrer flanglos rauhen Stimme und den weichen, gefühlreichen Worten, die Magda nun von ihr vernahm — zum ersten Male, so wußte sie zurückdenken konnte.
 „Und weshalb wollten Sie es verhindern? — Weshalb wollten Sie verhindern, daß diese zwei Menschen sich zueinander fanden, die so füreinander geschaffen sind? Beide schön, beide gut und edel und vornehm! — Hätten Sie es lieber gesehen, wenn er diese Komtesse geheiratet hätte,

die so häufig und so jung wie ich habe wohl gehört daß die Fürstinnen und Könige gemünzten sind, Mädchen zu heiraten, die einen vornehmen Namen haben — auch wenn sie eine andere lieben. Aber Herr von Roming braucht es doch nicht. Er wäre ja niemals glücklich geworden. Ein Mann, der Augen im Kopf hat, mit denen er sieht, und ein Herz, um zu fühlen, kann mit der Komtesse nicht glücklich werden. Es geschieht nicht oft, daß ich sage, was ich denke — aber Gott verhüte, daß zwei Menschen getrennt werden, die sich lieben! Das ist meine Meinung, und das sage ich.“
 Und sie wandte sich ab, um so energisch die Vorhänge zuzuziehen, als habe die töstliche Landschaft draußen ihr bitteres Unrecht getan.
 So übergehend ihre Worte waren, und so sehr Magda durch die Anzeichen der Dienerin in Erfahrung verfuhr — sie fühlte sich doch selbstam erleichtert und befreit. Ja, sie vermochte sogar zu lächeln, als sie es wahrte:
 „Das war das Letzte, was ich von Ihnen zu hören erwartete, Bridget!“
 Das Mädchen hatte ihre Erregung bemerkt. Und sie sah wieder so stumpf und teilnahmslos aus wie sonst als sie sich ihrer jungen Herrin zuwandte.
 „Und es ist gewiß das Letzte, was Sie wieder von mir hören werden,“ sagte sie. „Aber es ist eine Erregung, einmal auszusprechen, was man lange, lange nicht zu heriniradigt.“
 Magda legte sich zurück, und sie wachte dem Mädchen, das zu entfernen.
 „Geh mich nun allein, Bridget!“ sagte sie. „Ich muß ein wenig ruhen — denn ich brauche Kraft für die Unterredung mit meinem Vater.“
 „Es wäre besser, wenn Sie sich nicht so aufregen wollten.“ —
 „Kann ich es ändern?“
 Bridget zog sich zurück, und Magda blieb allein. Wie sie meinten tröstlichen Worte, die ihr Leben lang vor Erregungen und Anstrengungen glücklich gehöhelt werden, vor sie in Wahrheit viel stärker, als man allgemein glaubte. Und sie hatte die Nachricht von ihres Bruders Heirat ertragen, ohne daß sie den gesürcherten Menschenpart erlitten hätte.
 (Fortsetzung folgt.)

Familien - Nachrichten.
 Verlobt: Gertrud Sand- schug mit Alfred Becker, Naumburg.
 Gestorben: Martha ritz, 36 Jahr, Wehlitz; Wilhelm Rammelt, 50 Jahr, Naumburg; Ernst Höler, Botanik; Susanne Ködel, 94 Jahr, Wehlitz; Wilhelm Bogel, 62 Jahr, Storkau.
 Junger Wittmann, 31 J., mit 1 Kind, wünscht Bekanntschaft mit Frä. od. Witwe, mögl. d. Bande von Wehlitz, am 23/9/21 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Kreissparkasse Merseburg
 Ecke Schulstr. Kl. Ritterstr.
 Telefon 540.
 — Mündelsicheres Geldinstitut —
 unter Leitung des Kreisrats Merseburg.
 Verzinsung der Einlagen vom Tage der Einzahlung ab.
 Annahmestellen in größeren Orten des Kreises.
 Erledigung aller bankgeschäftlicher Angelegenheiten.
 Geschäftsverbindung mit allen Geldinstituten Deutschlands.
 Amtliche Hinterlegungsstelle.

Ich verschenke 200 Lose
 der Lotterie zum Ausbau der Burg Querfurt als Heimatmuseum. — Ziehung am 20. Juli. Es erhält ein jeder, der Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Felle, Alt-Metalle usw. bringt, im Werte von mehr als 60.— Mark ein Los gratis.
 Außerdem zahle ich wie bekannt, die allerhöchsten konkurrenzlosen Preise.
Nur große Sixtstraße 11
 Aug. Ackermann.

Beth's Gesellschaftshaus.
 Donnerstag abend 8 Uhr im Kaffee:
Gesellschafts-Abend.
Kapelle Edelmann
 (Paul Hauke.)
Stadttheater Halle.
 Mittwoch, abds. 7.30 Uhr:
Der Evangelimann.
 Donnerstag, abds. 7.30 Uhr:
Nigron.
 Freitag, abends 7.30 Uhr:
Rigoletto.
 Sonnabend, abds. 7.30 Uhr:
Der Evangelimann.
Heirat! Vermög. Damen u. gl. glückl. Heirat! Verren, auch o. Verm. g. Musikant Fr. Publmann, Berlin 58, Weissenburger Str. 43.

Speisezimmer Herrenzimmer Schlutzimmer Küchen und einzelne Möbel jeder Art
 empfiehlt in großer Auswahl
6 Schaible
 Möbelfabrik
 Halle 5, Gr. Märkerstr. 26 am Ratskeller.

Pa. ger. 90er Motoren
Benzol
Lösungs- Auto-Benzin
Luxus-Spezial-Schwer
Techn. Öle und Fette
Pa. Leucht-Petroleum
 Prompt in Kesselwagen-Fässern und Kannen günstig lieferbar. — Preise und Muster zu Diensten.
Mitteldutsche Chemikalien-Ges. m. b. H.
Leipzig-Lindenau
 Vertreter allerorts gesucht!

Reines BENZIN
Marke Dapolin
 in wesentlich verbesserter Qualität zu Originalpreisen
 Höchste Nutzleistung!
 Kein Ersatzgemisch, daher größte Haltbarkeit der teuren Motoren!
Herrn Emanuel, Merseburg a. S., Gotthardstr. 31
G. Engel Söhne, Merseburg a. S., Weißenseiserstr. 7
Benzin-Depot
 der
Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft.

Kleinkunst-Bühne
 Neues Schauspielhaus
 Sonntag, abends 8 Uhr
 Das große Fest-Programm.
 Gasparillo erstklassiger Kanan-Orchester.
 Jeden Freitag, Tag, Programmwechsel.
Gute Musik
 Erstklassige Getränke
 Vorzügliche Konditorei
Kaffeehaus Ortel
 Soolbad Dürrenberg.

Anzüge Hosent
pa Gummimantel pa Covercoats
 sehr preiswert
Käte Thiene
 Leipzig, Sporens aße 10, 1. Stock

= Tüchtige =
Schmiede und Kesselschmiede
 werden sofort eingestellt.
Waggon- u. Maschinenbau Aktiengesellschaft
Görlitz, Abt. Maschinenbau Görlitz

Zimmer
 möbliert oder unmöbliert
solort gefucht
 Da, mo Wohnung zu groß und ein oder zwei Zimmer abgegeben werden müssen, günstige Gelegenheit, einen hochsahmändigen Mitbewohner zu bekommen. Angebote unter **H. 001** an die Expedition dieser Zeitung.
 Herr sucht **möbl. Zimmer**.
 Offerten unter **T. 002** an die Exped. d. Blattes.
Möbliertes Zimmer gefucht. Angeb. unter **Y. 2** an d. Exped. d. Blattes.
 Dame sucht **möbl. Zimmer** zu Offerten unter **H. 001** an die Exped. d. Blattes.
Möbliertes Zimmer gefucht. Angeb. unter **Y. 2** an d. Exped. d. Blattes.

Berghotel Edelacker
FREYBURG A/U.
 Jeden Sonntag-Nachmittag
Rünstler-Konzert
 abends
Moderne Tänze
 in der Tanz-Diele
Zimmer mit und ohne Pension.

Möbel
 Offertiere billigst Speise-Zimmer Schlaf-Zimmer Küchen in allen Farben Polsterwaren Kleinföbel Einzelmöbel Auf Wunsch Teilzahlung
N. Fuchs
 Leipzig
 Kurprinzstr. 13
 Ernst-Verantwortung

Günstige Gelegenheit Selbständigkeit
 bietet sich strebsam, organisator. befähigt. Herren durch Übernahme unserer **Generalvertretung** für eine pat. gesch. Neuheit. Groß. sich. Jahres Verdienst. Bereit vielfach mit best. Erfolg eingeführt. Erlorderl. 10-30 Mille Kapital. Anfragen an: **Chemie & Technik, München**, Kosterl. 3, H.

Kahlbaum-Büffet
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 62
Orig. Wiener Schrammeln!
 Stimmung! Humor!



Beilage zu Nr. 161 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 12. Juli 1922

Deutscher Reichstag

Noch keine Entscheidung über das Schulgesetz.

Berlin, 11. Juli 1922.

Nachmittags um 2 Uhr 25 Minuten wird die Sitzung eröffnet. Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik, verbunden mit dem gleichnamigen Interpellationsantrag der Unabhängigen.

Abg. Wiffel (Zsp.): Strafrecht und Strafprozessordnung sind Reichsangelegenheiten, nicht also Bayern die seiner Ablehnung nicht haben. Wir konnten der dritten Lesung des Disziplinalgesetzes für die Beamten nicht zustimmen, ehe wir nicht wissen, welche Gestalt die anderen Gesetze annehmen werden.

Abg. Graef (Führingen (Deutschnational)): Auch im Ausschuss wurde uns das Gesetz in der gleichen Weise wie früher vorgelegt: „Reiß, Vogel, oder stirb!“ Von fern hörten wir das Donnerrollen einer nahen Katastrophe: General Freil ist. Es war nicht nötig, uns von links her darauf aufmerksam zu machen, aber wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir protestieren gegen diese Art von Arbeit. Sie ist das Ende der demokratischen Freiheit. Die Bestrafung der Mörderzentralen ist nur der Vorwand für andere Zwecke. Der Paragraph 1 ist nur das Reagenzglas für die Bindung der nationalen Epoptiten. Reichsminister und Reichsjustizminister haben die Parole ausgegeben: Der Feind steht rechts. Ich beneide sie um ihre Verantwortung nicht. Eine blutige Tat geht schon in Thüringen auf, und in Weimar hat es 15 Tote gegeben. (Lärm links, Zurufe: Äußer! Wenn wir die Ermordung Rathenaus mit Recht von untern Reichstagen abschneiden, dieses bleibt auf Ihnen hängen. Ich gebe Herrn Stamper zu, daß Freil Adler irrsinnig war, denn er ist noch Sozialdemokrat. (Zuschauer: Äußer links.) Präsident Voelke ruft Zwischensurfer der Unten zur Ordnung. Bittet aber auch den Redner, sich zu maßigen. (Zuruf: Freiheit. Der Präsident rügt diesen Zwischenruf.)

Reichsjustizminister Dr. Madrau: Wir haben eben eine sehr provozierende Rede gehört. Sie paßt zu dem Bilde, das wir uns von den Deutschnationalen gemacht haben. Was bedeutet das Gerede von dem Trennungsruf, solange noch Männer wie Wiffel, Graef und Freil nicht ausgeschlossen sind? Graef hat seiner Zeit die ungeheuerlichsten Verdächtigungen gegen Ergaber ausgesprochen.

Der Vertreter Sachsen, Minke-Evinski, stellt die Ausföhrung des Abg. Graef richtig, daß nach amtlicher schiedlicher Befragung in Weimar nur zwei Personen getötet seien.

Abg. Dr. Levi (Unabh.): Seine Partei verlange keine Kegergerichte, aber es sei von ausschlaggebender Bedeutung für sie, daß Bayern am Staatsgerichtshof teilnehmend, die auf dem Boden der demokratischen Republik stehen. In Bayern müsse auch das Spiel mit der Monarchie aufhören.

Abg. Dr. Bell (Zentrum): Protokollarbeiten wie diejenige des Abg. Graefes führen zur Katastrophe. Sollen

wir warten, bis auch der letzte Minister der Republik ermordet ist?

Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkspartei) warnt vor übertriebener Eile und rechnet auf vorurteilsfreie Prüfung der Anträge seiner Partei. Gefinnungen werde man mit dem Gesetz kaum ändern. Als Redner unter ungeheuren Lärm der Unten erklärt: Im Unglück soll ein Volk seine Farben nicht herunterholen und den Präsidenten um Schutz gegen die Jurufe erlucht, fordert ihn Vizepräsident Dittmann auf, weniger provokatorisch nach links zu sprechen. (Zürnische Zurufe rechts: Parteipräsident.)

Abg. Dr. Schädlin (Demokrat) weist auf die Verschärfung hin, die die Demokratische Partei in das Gesetz hineingebracht hat. Auch das Strengen öffentlicher Versammlungen soll künftig verboten sein.

Abg. Gumminger (Bayerische Volkspartei): Wenn heute in Bayern eine Volksabstimmung stattfinden würde, würden 80 Prozent der Bevölkerung für die Monarchie stimmen. Trotzdem denke in Bayern kein vernünftiger Mann daran, etwa durch Staatsrecht die Monarchie wiederherzustellen. In Bayern sei die Revolution nicht aus dem Volke geboren, sondern von außen nicht eigenen Stammes hineingetragen worden. Eine Reichsausschließung fürchte Bayern nicht. Das Gesetz ist überreilt eingebracht und verhandelt worden.

Reichsminister Dr. Bittbi: Wir sind uns alle darüber klar, daß die Säufung der Anwendung der politischen Maßnahme das Ende des Vaterlandes ist. Die Rechte hat solange geschwiegen, um die Entzignung der politischen Atmosphäre herbeizuführen. Der Redner verliest einen Brief des Bundes der Kaisertruppen von November 1918 an Seine Excellenz Ewerl, in dem es heißt, es sei Pflicht jedes Verstandigen, überall, wo sich Arbeiter und Soldatenräte gebildet hätten oder bilden würden, sich hinter diese zu stellen. Haben Sie nicht alle anlässlich der Ermordung Rathenaus gefühlt, daß das Schicksal des politischen Nordes das Leben in einem geordneten Staat absolut unmöglich macht? Wenn solche Befürchtungen gedankt sind, wie die Gummingers, dann ist es Zeit, daß man ein solches Gesetz alsbald verabschiedet. Es hat Regierungen in Deutschland gegeben, die bei elementaren Anzeichen der Volksmeinung zu spät gekommen sind. In München hatte am 9. November die Regierung die Augen geschlossen. Es ist eine lebensfähige Bewegung durch das Volk gegangen. (Zuruf rechts: Verhütung!) Aufhebung war nicht nötig. Seiber hat der Glaube im Volke Eingang gefunden, daß es der Regierung nicht ernst sei. Der Staatsgerichtshof ist nichts Neues. Die Anführer Gummingers werden uns in den bayerischen Zeitungen verächtlich entgegengerechnet. Das ist für uns unerträglich. Wer immer mit geschichtlichen Veränderungen und Entwidlungen droht, der verflüchtigt sich am Reich. Der Schwank der Reichsregierung darf überhaupt nicht zur Diskussion gestellt werden. Von einer Vertreibung der Herrscherhäuser von der heimatischen Erde steht in dem Gesetz kein Wort. Der Gegenfall gegen Bayern läuft darauf hinaus: kann überhaupt in Deutschland oder Bayern auf die Dauer gegen eine

Klasse der Bevölkerung regiert werden oder muß diese Klasse zur politischen Verantwortung herangezogen werden? Das Reparationsproblem drückt ungeheuer auf uns. Die politische Spannung zermüht das Volk im Innern. Die Schwierigkeiten des Geldproblems reißen die Klassen auseinander. War je ein Volk so in Not wie zur Stunde das deutsche? Die politische Atmosphäre ist überhitzt, nicht das Gesetz. In diesem Augenblick mit dem Gesetz zu ädern, wäre Sünde. Wir haben rasch und entschlossen zugegriffen. Der große Belagerungszustand hätte nicht geholfen. Am Platz gewesen wäre ein Wettlauf der Länder, um dem Reiche zu helfen.

Nach persönlichen Bemerkungen wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Nach dem Ausschlußbeschluss werden zur Beilegung der Sohoetzgeiden der alten Staatsform zunächst die Arnen auf den Fahnenmatten des Reichstagsgebäudes beilegt. Die Frage der Beilegung oder Beilegung des Standbildes Wilhelms I. in der Wandelhalle wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Preussischer Landtag

Das Amnengesetz angenommen.

Berlin, 11. Juli 1922.

Der Gesetzentwurf über Abänderung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird mit einem kommunikativen Ergänzungsantrag, der den Landwirtschaftsminister den Hauptinflus bei der Zusammenfassung der Berufsgenossenschaften nimmt, in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Schulgesetz angenommen wird in dritter Lesung genehmigt, ebenso eine Entschädigung, welche die lebensfähige Ausleitung bei der Schulpolitik anstrebt.

Es folgt die dritte Beratung des Amnengesetzes und der Disziplinalgesetze für Richter und Beamte. Zum Amnengesetz liegen mehrere Anträge vor, welche die in zweiter Lesung genehmigte Straffreiheit für Teilnahme am Eisenbahnstreik wiederherstellen wollen.

Abg. von der Ehen (Dn.) warnt davor, einen Weg zu betreten, der zum Gewaltstaat überleiten müsse. Auch die demokratische Partei Bayerns teile diese Befürchtung. Wir haben grundsätzlich immer wieder betont, daß wir lediglich auf verfassungsmäßigen Wege eine andere Regelung der Verhältnisse herbeizuführen wollen. Dieses Amnengesetz ist umso schwerer, als es ausschließlich gegen rechts angewendet wird. Hier handelt es sich um den Schutz der europäischen Kultur, und der altpreussische Wahlspruch muß Geltung behalten: „Was Recht ist, muß Recht bleiben.“

Minister Seuring: Auch ich bin der Meinung, daß die blutige Atmosphäre nicht zuletzt auf den Druck der Entente zurückzuführen ist. Aber bedenken, wie die Helfertische, vermerken diesen Druck nur. Ein Redakteur des „Deutschen Tageblattes“ rief zu einer neuen Verfallomänsnacht auf.

(Hört, hört!) In allen Provinzen gibt es Verschwörungen, die, wenn auch nicht von den Deutschnationalen organisiert, doch von diesen wohlwollend unterstützt werden. Das Sozialengesetz richtete sich ausschließlich gegen Sozialisten, das vorliegende Gesetz aber gegen Wähler, ganz gleich ob und wo sie sitzen. Ich werde unmaßstäblich gegen jeden Beamten vorgehen, von dem ich erfahre, daß er sich in irgend einer Weise an einer monarchistischen Agitation beteilige, nicht, daß ich es ihm übel nehme, monarchistisch gesinnt zu sein, aber wenn er in dieser gewissermaßen unangelegenen Zeit eine monarchistische Tätigkeit entfaltet, so muß er wegen **Zunehmtheit** aus dem Amte gebracht werden. Wird im übrigen von der Seite mit denselben Mitteln gegen die Republik gearbeitet, so werde ich den Beweis erbringen, daß Sie (nach rechts) nicht unter einem Ausnahmegesetz gegen rechts stehen. (Weiß.)

Abg. **Saunemann-Salle** (Komm.) stellt aus der Anwendung des Gesetzes auch Gefahren für seine Partei heraus und fordert Ausdehnung des Amtesgesetzes auch auf die Eisenbahner.

Abg. **Harbold** (L.S.B.): Es zeige sich wieder einmal das traurige Ergebnis des **Amthandels**, bei dessen Aufhebung bringen sich der Abg. Veitig sogar auf den weichen Knien des Landtages niederzulassen gelassen habe. Der **Inhaber der deutschnationalen Wähler** sei **Ludendorff**. Der Sturz der Mars sei auf die deutschnationalen Wählerorganisationen zurückzuführen. Der Sturz der Republik sei aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen geschehen. Aber wie werde das möglich sein, wenn in der Republik Leute sitzen wie **Boellig** und **Dr. von Richter**, deren monarchische Gesinnung klar erweisen sei?

Das Amtesgesetz wird nunmehr auch in dritter Lesung angenommen. Die Wiedererziehung der Eisenbahner wird abermals abgelehnt. In der Gesamtsitzung wurden 285 für das Gesetz, 59 dagegen. Auch das Disziplinarrecht für nichtrichtliche Beamte wird mit 263 gegen 90 Stimmen angenommen, das Disziplinarrecht für Richter mit 264 gegen 88 Stimmen ebenfalls angenommen.

Ein Wort zur Getreideumlage.

Von Staatsminister a. D. Stegerwald.

Wir geben aus Gründen der Objektivität nachstehenden Ausführungen Raum, ohne uns mit ihnen zu identifizieren.

Die kommende Getreideumlage, die bei Moränen die Gemüter in Erregung hält, hängt weder mit Weltanschauungen noch mit grundsätzlichen Erwägungen irgendwelcher Art zusammen, sondern ist nichts mehr und nichts weniger als eine Frage wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Es ist nötig, diese Feststellung als Basis jeder Betrachtung zu nehmen, weil nur damit die Möglichkeit lebensfähiger Zielsetzungen gegeben ist.

Wie liegen die Dinge? Nichtig ist, daß bei Beratung der vorjährigen Getreideumlage, aus von verantwortlicher Stelle, der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, die Umlage für das Erntejahr 1921/22 werde die letzte derartige Maßnahme sein. Ebenso richtig ist aber auch, daß es sich nicht um eine verbindliche Erklärung der Reichsregierung, sondern nur um eine wenn auch stark betonte Warnung handelte. Auch die vorjährige Umlage ist als unerlässlich, als unentzählig und produktionshemmend hingestellt worden. Tatsache ist jedoch, daß bis zum 17. Mai dieses Jahres

2 472 959 Tonnen = 98 vom Hundert der auf 2,5 Millionen Tonnen bemessenen Umlage abgefiebert worden sind. Es ist also trotz aller reichlich geäußerten Befürchtungen gelungen. Dabei soll nicht bestritten werden, daß das letztjährige Umlageverfahren technisch und organisatorisch mit großen Mängeln behaftet war. Diese Fehler sind beim diesjährigen Entwurf berücksichtigt worden und man hat versucht, sie zu beseitigen. Mit jeder Maßnahme zur Verbesserung des Verfahrens und höchstmöglicher Gerechtigkeit werden Reichsrat und Reichstag vorbehaltlos einverstanden sein.

Die vorjährige Form der Preisfestsetzung war falsch. Es geht nicht an, bei untern sich wandelnden Verhältnissen für ein ganzes Jahr im voraus einen Einheitspreis festzusetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat deshalb zur diesjährigen Umlage Vorschläge, für jeden der vier Lieferungsstermine den Preis nachzuprüfen und ihn, wenn nötig, zu ändern. Das im diesjährigen Gesetz vorgelegene Preisfestsetzungsverfahren wird die Mängel des Vorjahres beseitigen.

Die Landwirtschaft kann also nicht sagen, daß auf ihre berechtigten Beanstandungen keine Rücksicht genommen ist. Unberechtigt muß sie sich aber damit abfinden, daß ihr preiswirtschaftliches Interesse an jenem höchsten Preis dem größten Wirtschaftsgut, dem der Sicherung der Brotverforgung zu entscheidendem Preise, untergeordnet wird.

Die Landwirtschaft will zum jeweiligen Marktpreis liefern. Freier Marktpreis ist gleich Weltmarktpreis, der wegen des Preisfalls unserer Valuta außerordentlich hoch ist und bleiben wird. Der reine Weltmarktpreis würde eine Verbilligung des Brotpreises mit allen seinen ökonomischen Folgen bedeuten. Die Situation glaubt die Reichsregierung nicht verantworten zu können und verlangt deshalb in Uebereinstimmung mit großen Parteien, daß wenigstens ein Teil des zur Brotverforgung notwendigen Getreides unter dem Weltmarktpreis geliefert wird.

Dieses Opfer muß die Landwirtschaft bringen. Sie steht nicht allein damit. Alle Hypothekengläubiger der Landwirtschaft, z. B., die gute Geldmark gegeben und jetzt ihr Kapital in fast wertlos gewordenen Pfandbriefen, haben ein unvergleichlich größeres Opfer gebracht. Daß auch viele andere Schäden unserer Volkswirtschaft nur vermieden auf die Staatsbesitzer gebundener Preisfestsetzung unterliegen, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Die Ausfuhrindustrie muß die soziale Abgabe erdulden, die in diesem Jahre ungefahr die Hälfte der Summe darstellt, mit der durch das Umlage-Getreide die Landwirtschaft behaftet werden soll.

Ein vernünftiger Mensch denkt daran, der deutschen Landwirtschaft das Leben oder Gehör zu erschweren. Die Wichtigkeit einer hohen leistungsfähigen Landwirtschaft ist unbestritten; auch sie soll und muß verdienen. Das kann die Landwirtschaft aber auch, selbst wenn sie noch einmal 2,5 Millionen Tonnen Umlagegetreide unter dem Weltmarktpreis abgibt, denn dieses Quantum ist nur ein geringer Bruchteil der landwirtschaftlichen Erzeugung überhaupt. Für ihre gesamte Getreideernte außerhalb der Umlagemenge, für Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, Zuckerrüben, Forstwirtschaft und dergleichen ist freier Markt, besteht kein Abgabenzwang zum verbilligten Preis. Das aber sind Gemeinwohl, die es notwendig machen, einen Teil der Erzeugung verbilligt abzugeben. Aus allen diesen Gründen heraus hat nach sorgfältiger Ueberlegung und eingehender Beratung der Deutsche Gewerkschaftsbund sich auf den Standpunkt gestellt, daß auch

im kommenden Erntejahre am Gedanken der Umlage festgehalten werden muß. Gemeinsam mit der Landwirtschaft hoffen wir, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, der es gestattet, auch die letzten Reste der Zwangslandwirtschaft zu beseitigen. Mindestens aber in diesem Jahre sind wir noch nicht so weit.

Politische Rundschau

Berchunga.

Es ist bekannt, daß viele Braunkohlewerte wegen Abwanderung der Arbeiter unter empfindlichem Arbeitsmangel zu leiden haben. Um die fehlenden Schichtungen, die dieser Ausfall für die Produktion im Geleise haben muß, nach Möglichkeit abzumenden, sind fellewiese aus den ehemals deutschen oberirdischen Gebieten vertriebene deutsche Bergleute auf den Erwerb angestellt worden. Dieser Mars-Zustand hat dem kommunistischen Abgeordneten Zimmermann Veranlassung gegeben, im thüringischen Landtag eine Anfrage an die thüringische Regierung zu stellen, die an Entstellung und demagogischer Verheerung kaum noch zu überbieten ist. Es wird in dieser Anfrage ausgeführt, daß die Unternehmer, trotz der erzielten ungeheuren Gewinne, die durchaus berechtigten Forderungen der Bergarbeiter ablehnen, daß die „gewinnmäßigen Unternehmer“ ferner dazu übergehen, die „niederträchtigen Maßnahmen“ gegen die Arbeiterkraft zu ergreifen. Hierzu zählt der Anfrager die sogenannten Werksbelegungen nach dem Beispiel der amerikanischen Winterkons. Als eine derartige Werksbelegung führt er die eben angebeutete Unterbringung von einigen vertriebenen oberirdischen Bergleuten im mitteldeutschen Revier an. Angeführt sollen die Arbeiter des Reviers in vielen vertriebenen Kameraden, verkappte gegenrevolutionäre Formationen“ erbilden. Nach diesen Darlegungen teilte Zimmermann dann über diesen Fall fünf Fragen an die Regierung. Der sachliche Hintergrund dieser Frage ist, wie schon hervorgehoben wurde, außerordentlich einfach und klar. Es erübrigt sich deshalb nach dieser Richtung jedes Wort. Man kann sich nur werden als eins der vielen fruchtlosen Mittel der extremen Unzufriedenheit gegen die Getreideumlage aufzuzählen. Sie legen ihnen Fragebogen vor, auf denen es unter anderem heißt: Sind Sie bereit, den Sturz der französischen Regierung gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung, betreffs des Getreideumlageverfahrens anzuführen? Gleichzeitig hat der Reichsdelegierte der Rheinlandprovinz, General de Wieg (immer noch ein General), gegen die Unzufriedenheit Erhebung Einspruch erhoben, die zur Vorbereitung der Getreideumlage bestimmt ist. Diese ungeheuerliche Nachricht veranlaßte die Abgeordneten Semeter, Hergt, Dr. Helfferich eine Anfrage an die Reichsregierung zu stellen, in der sie dieselbe fragen, ob diese Meldung den Tatsachen entspricht und was die Regierung gegebenenfalls zu tun gedenkt, um diese unzulässige Einmischung in die deutsche Verwaltung und solche Versuche der Aufwiegelung der deutschen Bevölkerung gegen ihre Behörden zu unterbinden.

Französische Einmischung in die deutsche Verwaltung.

In der „Frankf. Ztg.“ wird folgendes mitgeteilt: „Französische Kolonialisten suchen in der Wahl die Unzufriedenheit gegen die Getreideumlage aufzumischen. Sie legen ihnen Fragebogen vor, auf denen es unter anderem heißt: Sind Sie bereit, den Sturz der französischen Regierung gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung, betreffs des Getreideumlageverfahrens anzuführen? Gleichzeitig hat der Reichsdelegierte der Rheinlandprovinz, General de Wieg (immer noch ein General), gegen die Unzufriedenheit Erhebung Einspruch erhoben, die zur Vorbereitung der Getreideumlage bestimmt ist. Diese ungeheuerliche Nachricht veranlaßte die Abgeordneten Semeter, Hergt, Dr. Helfferich eine Anfrage an die Reichsregierung zu stellen, in der sie dieselbe fragen, ob diese Meldung den Tatsachen entspricht und was die Regierung gegebenenfalls zu tun gedenkt, um diese unzulässige Einmischung in die deutsche Verwaltung und solche Versuche der Aufwiegelung der deutschen Bevölkerung gegen ihre Behörden zu unterbinden.“